

Zwei Nachbarländer, die sich auf den ersten Blick ähnlich sind, können sich bei näherem Hinsehen doch als sehr unterschiedlich entpuppen. Bestes Beispiel: Deutschland und Polen. Beide Nationen sind demokratische Republiken mit Rechtsstaat und Marktwirtschaft, zudem Mitglieder der Europäischen Union (EU) und der Nato. Doch in einer Hinsicht könnte der Unterschied größer kaum sein: Während die Polen dem Kapitalismus zugetan sind, begegnen die Deutschen dem Prinzip weithin skeptisch. Das ist eines der Ergebnisse einer groß angelegten Untersuchung, die der Unternehmer und Soziologe Rainer Zitelmann durchgeführt hat. Zitelmann ließ Bürger in 34 Staaten dazu befragen, wie sie zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung und wirtschaftlichen Freiheit stehen.

VON DANIEL ECKERT

Die Ergebnisse der Studie, in die WELT Einblick hatte, wurden in der Zeitschrift „Economic Affairs“ veröffentlicht. Sie werfen auch ein neues Licht auf die Frage, warum manche Volkswirtschaften erfolgreicher sind als andere. Drei Jahrzehnte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs überwiegt zwar weltweit die kapitalistische Wirtschaftsform, nur noch wenige Länder der Erde verstehen sich, wie etwa Nordkorea, Venezuela oder Kuba, als kompromisslos sozialistisch. Zugleich lässt sich beobachten, dass das Pendel vielerorts genau in diese Richtung wieder ausschlägt. „In Lateinamerika regieren überwiegend Sozialisten, sogar in Chile, dem kapitalistischsten Land im Süden Amerikas. In den USA und Europa läuft die Entwicklung ebenfalls in diese Richtung: Weniger Markt, immer mehr Staat“, sagt Zitelmann.

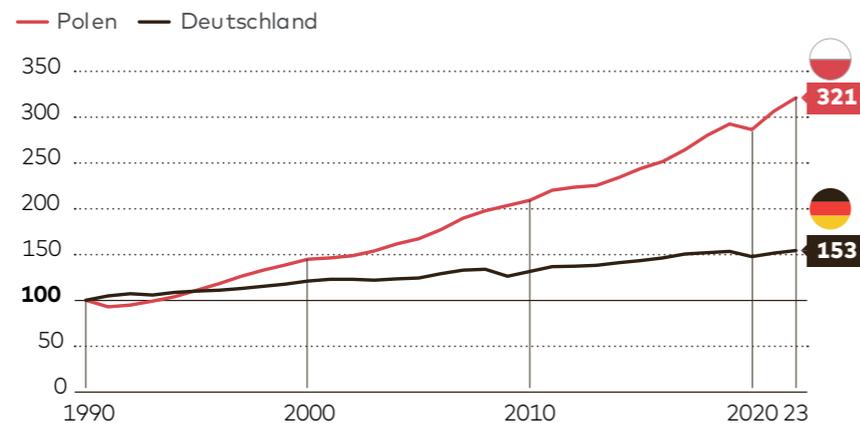
Zitelmanns weltweite Untersuchung brachte ein gemischtes Bild. „In nur sechs von 34 Ländern, in denen wir die Befragung durchgeführt haben, dominieren prokapitalistische Einstellungen“, berichtet der Forscher. Um auszuschließen, dass die Antworten durch

# Viele Deutsche lehnen den Kapitalismus ab

Studie: Bürger erfolgreicher Länder vergessen Grund für Wohlstand. Polen ist Gegenbeispiel

## Dynamischere Wohlstandsentwicklung in Polen

Kaufkraftbereinigtes BIP indexiert 1990 = 100



Quelle: IWF World Economic Outlook Database, eigene Berechnungen

WELT

den verpönten Begriff „Kapitalismus“ beeinflusst wurden, wurden auch Fragen formuliert, bei denen das Wort gar nicht vorkam, sondern umschrieben wurde. Die größte Zustimmung maß Zitelmann in Polen. Dort schrieben sogar noch mehr Menschen dem Kapitalismus positive Eigenschaften zu als in den Vereinigten Staaten, die häufig als

Mutterland des modernen Kapitalismus bezeichnet werden. Hinter Polen und den USA folgen Südkorea, Japan, Nigeria und Tschechien. Auch in Vietnam ist die Unterstützung für kapitalistische Wirtschaften groß.

Auf den ersten Blick scheinen diese Nationen nicht sehr viele Gemeinsamkeiten aufzuweisen: Während die rei-

chen USA als die Heimat des modernen Kapitalismus betrachtet werden können und eine Aufstiegs Geschichte hinter sich haben, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, sind Polen und Tschechien erst nach der weltpolitischen Wende von 1989 kapitalistisch geworden. Nigeria gehört im globalen Maßstab eher zu den ärmeren Ländern. „Nigeria mag verwundern, aber dort bedeutet Kapitalismus Hoffnung – Hoffnung auf ein Leben wie in den USA oder Europa“, umschreibt Zitelmann seine Beobachtungen. In Vietnam wiederum hätten die Menschen sehr positive Erfahrungen mit den marktwirtschaftlichen Reformen gemacht

Das vielleicht verblüffendste Ergebnis sind die großen Unterschiede zwischen den EU-Ländern. Während Polen die prokapitalistischste Bevölkerung der Welt hat, findet sich Griechenland am anderen Ende der Skala: Die Haltung der Bevölkerung ist hier zu großen Teilen ablehnend. Noch stärker antikapitalistisch eingestellt sind lediglich Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Russland und die Türkei.

Frankreich, die Niederlande und Großbritannien gehören zu den wohlhabendsten Ländern der Welt, dennoch steht die Bevölkerung dem Kapitalismus kritisch gegenüber. „Die Niederlande und Großbritannien sind zwei Mutterländer des Kapitalismus. Wir können aber in vielen Ländern beobachten, dass die Menschen nach einer gewissen Zeit vergessen, warum ihre Länder erfolgreich waren und dass sie ihren Wohlstand der Marktwirtschaft zu verdanken haben“, erklärt Zitelmann. Die Franzosen hingegen seien fast schon traditionell Etablierten, außerdem hätten dort ebenso wie anderswo Anti-Kapitalisten das bessere Marketing als Pro-Kapitalisten.

Und die Bundesrepublik? „Auch in Deutschland war die marktwirtschaftliche Ära, die mit Ludwig Erhard begann, eher eine Ausnahme: Wir sind das Land, in dem der Marxismus, der Nationalsozialismus und der Wohlfahrtsstaat historisch entstanden sind“, merkt der Forscher an. Dass Deutschland zu den eher antikapitalis-

tischen Ländern gehört, hat Zitelmann zufolge auch damit zu tun, dass es eines der Länder mit dem ausgeprägtesten Sozialneid ist. „Eine Umfrage, die ich in 13 Ländern durchführen lassen habe, belegt, dass nur in Frankreich der Sozialneid noch stärker ist als in Deutschland.“

Wenn die bundesrepublikanische Wirtschaft jetzt wieder zum „kranken Mann Europas“ wird, habe das damit zu tun, dass das Land die Grundsätze von Ludwig Erhard vergessen habe. „In der Merkel-Ära ist die Staatsquote immer weiter gestiegen und ein Bereich nach dem anderen entwickelt sich in Richtung Planwirtschaft“, kritisiert der Reichtumsforscher. Zitelmanns große Sorge, wenn sich dieser Trend fortsetzt: „Das wird unseren Wohlstand zerstören.“

Tatsächlich ist die deutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren kaum noch gewachsen. Nach Abzug der Inflation liegt das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nur rund 53 Prozent höher als im Jahr der Wiedervereinigung, wobei die Wohlstandskurve seit 2020 sogar nach unten zeigt.

In Polen hat sich die Wirtschaftsleistung in den drei Jahrzehnten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mehr als verdreifacht, und auch heute präsentiert sich die polnische Wirtschaft dynamischer als die Deutsche. Nach Einschätzung von Zitelmann kann der Nachbar Deutschland in vielerlei Hinsicht das Vorbild dienen. „Polen war in sozialistischen Zeiten eines der ärmsten Länder Europas. Nach den kapitalistischen Reformen waren die Polen drei Jahrzehnte lang Europas Wachstumschampion.“ In kaum einem Land der Welt sei der Lebensstandard dank des Kapitalismus so schnell gestiegen. Lag das BIP pro Kopf kaufkraftbereinigt 1990 nur bei einem Drittel des deutschen Niveaus, so haben sich die Nachbarn mittlerweile auf 84 Prozent des deutschen Niveaus heraufgearbeitet. Auffällig: Die Polen sind auch weniger unzufrieden als die Deutschen. Der Kapitalismus hat ihnen also nicht nur Wohlstand gebracht, sondern auch Glück.

## Möglicherweise acht Jahre keine Frequenzauktion

Bundesnetzagentur prüft längerfristigen Verzicht

Damit das Handynetze in Deutschland auf lange Sicht deutlich besser wird, erwägt die Bundesnetzagentur einen weitreichenden Verzicht auf eine milliardenschwere Frequenzauktion. Mitte September hatte die Behörde vorgeschlagen, bisherige Mobilfunk-Nutzungsrechte um fünf Jahre zu verlängern. Die Betreiber würden finanziell entlastet, weil sie nur niedrige Gebühren zahlen müssten. Im Gegenzug sollen Deutsche Telekom, Vodafone und Telefónica (O2) zu neuen Ausbauforderungen verpflichtet werden. Nun sagte Behördenchef Klaus Müller: „Wir werden auch eine Verlängerung um acht Jahre offen prüfen.“ Eine Entscheidung soll 2024 fallen. In Bezug auf die acht Jahre sagte der frühere Verbraucherschützer und Grünenpolitiker: „Klar ist aber: Mit der Dauer der Verlängerung könnten unsere Anforderungen an die Verbesserung der Versorgungsqualität steigen.“

Im Mobilfunk gibt es unterschiedliche Frequenzbänder, die bisher zeitversetzt versteigert werden. Sie haben verschiedene Funktionen – die niedrigen Bänder sind mit einer großen Reichweite gut für das Land und die hohen sind gut für Städte, wo viele Smartphone-Nutzer in den Funkzellen sind und enorme Datenmengen brauchen. Ende 2025 laufen die nächsten Lizenzen aus, danach enden die nächsten Nutzungsrechte im Jahr 2030 und danach die nächsten im Jahr 2033. Würden die Nutzungsrechte um bis zu acht Jahre verlängert, könnten diese drei Lizenzpakete gut zusammen versteigert werden. „Das würde die Auslaufzeiten eines Großteils des im Einsatz befindlichen Mobilfunkspektrums harmonisieren“, sagt ein O2-Sprecher. dpa